

Verfassungsschutz, Polizei und alle anderen Sicherheitsbehörden raus aus den Universitäten!

Antragstellende Liste: Linke Liste an der HU Berlin – LiLi

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Staatliche Behörden haben nichts in politischen Gremien, Listen studentischer Willensbildung oder anderen universitären Gruppen zu suchen. Wir fordern den Berliner Senat auf, falls es V-Personen des Verfassungsschutzes oder der Landes- oder Bundespolizei an den Berliner Universitäten geben sollte, diese unverzüglich abzuziehen.

Wir verurteilen den Einsatz von Geheimdienst oder Polizeikräfte im Bereich der universitären Selbstbestimmung in Niedersachsen.

Unsere Solidarität gilt den Göttinger Menschen die getäuscht wurden.

Begründung:

Im November 2018 wurde durch Zufall bekannt, dass der Verfassungsschutz einen V-Mann bei der studentischen Liste Basisdemokratische Linke Göttingen – IL installiert hatte. Er war in dieser Rolle in studentischen und universitären Gremien aktiv. Wir müssen hier wohl scheinbar klarstellen, dass dieser Eingriff in die Autonomie der Verfassten Studierendenschaft nicht hinnehmbar ist. Der Verfassungsschutz, Landes- oder Bundespolizei haben nichts innerhalb der Universität und ihren Gremien zu suchen. Da dies nicht das erste Auffliegen von V-Leuten in studentischen Gremien ist, steht zu befürchten, dass es weitere gibt. Daher soll auch der Berliner Senat – für den Fall, dass er V-Leute führt - aufgefordert werden auf den Einsatz von V-Leuten in studentischen Gremien zu verzichten und diese unverzüglich abzuziehen.

Weiterführende Infos:

<https://www.asta.tu-braunschweig.de/2018/11/22/stellungnahme-zur-enttarnung-des-v-mannes-gerrit-g-in-goettingen/>